

Von der Parallelgesellschaft zum Parallelstaat



Von JASPER | Der Roman „Ruhrkent“ beschreibt die künftige Entwicklung des Ruhrgebiets zu einem von Deutschland unabhängigen orientalisch-islamischen Staat. Folgt auf den ethnischen Zerfall der Bundesrepublik also auch der territoriale Zerfall?

In „Ruhrkent“ wird die künftige Entwicklung des Ruhrgebiets und weiter Teile Nordrhein-Westfalens in drei Phasen vorgezeichnet. Erstens: Massenansiedlung islamischer Orientalen bis zur Umkehrung der ethnischen Verhältnisse zugunsten der orientalischen Siedler, zweitens: Ausrufung einer orientalisch-islamischen Autonomie als zwangsläufige politische Konsequenz der sozialen, kulturellen und nationalen Segregation, drittens: Gründung eines separaten, von Deutschland unabhängigen orientalisch-islamischen Staates.

Der Roman schließt mit der vagen Andeutung, dass dieser orientalisch-islamische Staat letzten Endes die verbleibenden Deutschen ausweisen, deportieren oder noch Schlimmeres mit ihnen anstellen wird. Panikmache oder realistische Einschätzung?

Phase 1:

Die Massenansiedlung von Orientalen hält unvermindert an, das Asylrecht wird von der Politik weiterhin zweckentfremdet und als Ansiedlungsrecht missbraucht. Jedes Jahr kippen die ethnischen Verhältnisse vor allem in weiten Teilen

Westdeutschlands immer stärker zugunsten der orientalischen Siedler. Und obwohl schon seit Jahrzehnten Milliardensummen an Steuergeldern für die sogenannte „Integration“ der Gastarbeiter, Asylanten und deren eingebürgerter Kinder vergeudet werden, prägt nach wie vor eine weitgehende ethnische Segregation die orientalisches-deutsche Mischgesellschaft der westdeutschen Gegenwart. Wir sprechen von Parallelgesellschaften, in denen eingebürgerte Orientalen und Deutsche lediglich koexistieren, aber nicht wirklich interagieren.

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich diese Herausbildung von Parallelgesellschaften in Deutschland jemals wieder rückgängig machen lassen wird. Im Gegenteil scheinen sich die interethnischen Fronten seit geraumer Zeit sogar zu verhärten, maßgeblich auch als Folge von Angela Merkels Massenansiedlung junger orientalisches Glücksritter seit 2015. Dieses orientalische Millionenheer hat zum einen das orientalisches-nationale Selbstbewusstsein unter den in Deutschland bereits eingebürgerten Türken und Arabern massiv aufgewertet, zum anderen die Deutschen stark verunsichert.

Beides, wachsendes Selbstbewusstsein hier, Verunsicherung da, wirkt segregationsbegünstigend: Die Orientalen meinen, es nicht mehr nötig zu haben, sich mit den sowieso aussterbenden Deutschen noch abzugeben, den Deutschen wiederum, auch wohlwollenden Deutschen, fällt es immer schwerer, mit den angesiedelten Orientalen unbedarft Kontakt zu pflegen. Vergewaltigungen, Anschläge und Morde, alles immer nach demselben Muster, haben das arglose Restvertrauen selbst unter vielen bislang naiven Deutschen schwer erschüttert. Diese zunehmende innere Distanz seitens der Deutschen ist natürlich spürbar, und die Orientalen reagieren darauf verständlicherweise trotzig mit weiterer Abschottung, weiterem Rückzug auf ihre eigenen nationalen Identitäten und auch weiterer Gewalt. Es bestehen derzeit nicht die geringsten Anzeichen, dass es irgendwie gelingen könnte, diesen

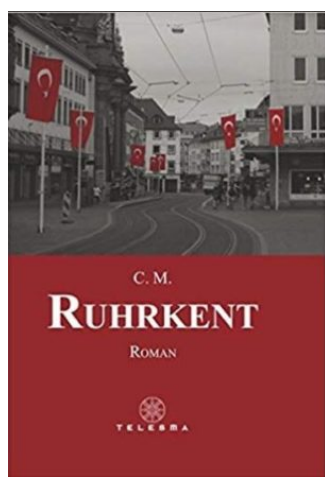
Teufelskreis jemals aufzubrechen. Im Gegenteil: die seit langem bestehenden Parallelgesellschaften scheinen sich zu verhärten, auf beiden Seiten.

In den sich verfestigenden orientalischen Parallelgesellschaften entstehen zudem seit Jahren bereits eigene machtpolitische Institutionen: Sie unterhalten ihr eigenes Rechtswesen durch islamische Richter, sie haben in gewisser Form auch ihre eigenen Ordnungskräfte in Form der sogenannten „Clans“, die in bestimmten Teilen Westdeutschlands staatliche Polizeifunktionen verdrängt haben. Der schwache deutsche Staat antwortet auf diese machtpolitischen Veränderungen mit weiteren Zugeständnissen: Staatliche Institutionen werden systematisch orientalisiert, türkische Polizisten, türkische Lehrer und türkische Verwaltungsbeamte ersetzen deutsche Polizisten, deutsche Lehrer und deutsche Verwaltungsbeamte. Der Aufbau eigener orientalischer Institutionen vollzieht sich daher derzeit auf zwei Wegen: einerseits informell durch zwar nicht anerkannte, aber staatlich nicht mehr kontrollierbare eigene orientalische Machtträger, andererseits formell durch Ausweitung orientalistisch-nationaler Einflussräume innerhalb der Beamtenschaft und staatlichen Verwaltung. Wir befinden uns also mitten in einem machtpolitischen Transformationsprozess: ausgehend von informellen orientalischen Parallelgesellschaften, die neben den Deutschen koexistieren, hin zu formellen orientalischen Machtstrukturen innerhalb des Staatsapparats, aus dem Deutsche aus ethnopolitischen Gründen bereits ganz systematisch hinausgedrängt werden.

Phase 2:

Diese informellen und formellen orientalischen Machtstrukturen, die sich derzeit überall in Deutschland ausweiten, lassen sich bei Bedarf natürlich leicht als politische und administrative Keimzellen für eine künftige eigene orientalistisch-islamische Staatenbildung nutzen, insbesondere in denjenigen Gebieten, in denen die Orientalen

in absehbarer Zeit die ethnische Mehrheit stellen werden. Dies ist im stark umgevolkten Westdeutschland in erster Linie in Nordrhein-Westfalen der Fall und dort ganz sicher vor allem im Ruhrgebiet. In solch einem künftig überwiegend türkisch und arabisch bewohnten Gebiet mit ebenfalls überwiegend türkischer und arabischer Beamtenschaft wird es eines Tages nur noch ein kleiner zusätzlicher Schritt sein, das ohnehin de facto bestehende eigene staatliche Gebilde auch offiziell zu proklamieren.



In „Ruhrkent“ geht der Ausrufung der Autonomie ein größerer Aufstand voran, auf den der deutsche Staat, wie üblich, mit neuerlichen machtpolitischen Zugeständnissen antwortet und Teile Nordrhein-Westfalens in eine weitgehend unabhängige orientalisch-islamische Selbstverwaltung entlässt. Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte legt nahe, dass wohl tatsächlich die meisten deutschen Parteien eine derartige orientalische Autonomieforderung unterstützen würden, sofern sich irgendein geeigneter äußerer Anlass bietet. Sehr wahrscheinlich wäre eine Autonomie aber auch ohne Aufstand zu erreichen: Ähnlich wie in Katalonien ließen sich durch geschickt koordinierten Einsatz publikumswirksamer gewaltloser Methoden – Großdemonstrationen, Volksabstimmung – sehr wirkungsvolle Ansätze politischer Erpressung finden, denen eine Zentralregierung in Berlin – sofern sie überhaupt den Willen dazu hätte – nicht mehr viel entgegensetzen könnte. Abgesehen von praktisch bedeutungsloser historischer Romantik, das Ruhrgebiet seit schon immer deutsch gewesen, werden sich angesichts der umstrukturierten Bevölkerungsverhältnisse kaum noch sachliche Argumente finden lassen, die für einen Verbleib der ethnisch gekippten Teile Nordrhein-Westfalens im Bundesgebiet sprechen werden.

Bereits ein gewaltloses Vorgehen hätte daher ganz sicher gute

Aussichten auf Erfolg, zumal das jeden Machtkonflikt letztlich entscheidende Mittel einer glaubwürdigen Gewaltandrohung alle Verhandlungsgespräche ohne Zweifel überzeugend begleiten würde. Der Versuch, eine orientalische Autonomie allein am Verhandlungstisch durchzusetzen, d.h. ohne Einsatz von Gewalt, dürfte deshalb sehr wahrscheinlich gelingen. Da sich bei sehr geringem eigenen Risiko also viel gewinnen ließe – ein eigenes islamisches Staatswesen mitten in Europa! –, wäre es rein machtpolitisch gesehen aus orientalischer Sicht ausgesprochen dumm, diese einfache politische Partie nicht zumindest einmal zu wagen. Und selbst wenn man den hier lebenden Siedlern nur die friedfertigsten Absichten oder auch völlige politische Blindheit unterstellen möchte, dürften machthungrige, strategisch denkende äußere Staaten wie die Türkei die Chancen dieser für sie sehr günstigen politischen Lage längst glasklar erkannt haben. Diese Staaten sind angesichts der Millionen ihnen loyal ergebener Siedler in Deutschland natürlich Mitspieler um die künftige Machtverteilung hierzulande, sie haben ein starkes Interesse an einem eigenen Einflussraum in Mitteleuropa und werden, sobald sich die erste gute Gelegenheit zur Durchsetzung einer orientalischen Autonomie ergibt, nicht zögern, die ihnen bereits heute zur Verfügung stehenden innenpolitischen Kanäle entsprechend zu aktivieren.

Phase 3:

Dass die Gewährung von Autonomien im nächsten Schritt den Ruf nach vollständiger Loslösung und endgültiger Unabhängigkeit nach sich zieht, ist eine ganz typische politische Entwicklung, für die es genügend historische Beispiele gibt – besonders aktuell natürlich in Katalonien. Die Wahrscheinlichkeit, dass auf die Ausrufung einer orientalisch-islamischen Autonomie innerhalb Nordrhein-Westfalens eines Tages die Herausbildung eines von Deutschland weitgehend oder komplett unabhängigen islamischen Staates folgt, ist daher durchaus hoch. Deutschland hätte dann eine Art eigenen

Gazastreifen an Rhein und Ruhr.

Bis zur Gründung eines wirklich unabhängigen orientalischeslamschen Staatswesens auf dann einstmals deutschem Boden werden wohl noch einige Jahrzehnte vergehen. Aber es lässt sich aus den obigen Ausführungen doch erkennen, dass eine solche Entwicklung keineswegs unwahrscheinlich ist, sondern im Gegenteil mit einiger Plausibilität sogar den naheliegenden Endpunkt der gegenwärtigen gesellschaftlichen und machtpolitischen Prozesse innerhalb Deutschlands darstellt. Ob dieser Endpunkt dann tatsächlich zu extremen, völkerrechtlich und menschenrechtlich fragwürdigen Folgen für die letzten noch im Ruhrgebiet lebenden Deutschen führen wird – in „Ruhrkent“ scheint das Schlusskapitel auf Deportationen und Schlimmeres hinzudeuten –, lässt sich aus heutiger Sicht nicht einschätzen, all solche Gedanken gehören natürlich in den Bereich der literarischen Phantasie. Die Frage wird sich ab einem bestimmten Zeitpunkt aber ganz sicher stellen, wer die Deutschen als ethnische Minderheit – auch vor dem Hintergrund der tragischen und grausamen Erfahrungen der christlichen Minderheiten im Orient – in einem mehrheitlich orientalischeslamsch besiedelten und auch machtpolitisch orientalischeslamsch kontrollierten Gebiet noch konkret physisch schützen wird.